

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden.
Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Altkönig

Abonnementpreise einschließl. Frangierlohn monatl. 18 000.— M., durch die Post bezogen monatl. 18 000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 6000.— M., Einzelnummer 1000.— M., Sonnabendnummer 1500.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die 6spaltige Nonpareilzeile 2500.— M., auswärts 3000.— M., die 4spaltige Zeile 12 000.— M., auswärts 14 500.— M., auswärts 10 000 u. 20 000 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietanzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Briefbefriedigung 1000 M.

Nr. 166

Dresden, Donnerstag den 19. Juli 1923

34. Jahrg.

Wulle, Cuno, Schweyer usw.

Angehts ihres offensichtlichen putschistischen Charakters und ihrer Bestrebungen, die Verfassung mit ungelegenen Mitteln zu beseitigen, ist die sogenannte deutschvölkische Freiheitspartei in Preußen und andern Bundesländern verboten worden. Dies und die Enthüllungen, die namentlich in neuester Zeit wieder das gemeingefährliche Treiben der rechtskonservativen Geheimorganisationen beleuchteten, hat in diesen Kreisen das heisse Bemühen erzeugt, von diesen Enthüllungen und von dem reaktionären unterirdischen Treiben der Deutschvölkischen abzulenken. Da geistige Strapazen nicht Sache dieser Leute sind, versuchen sie die Ablenkung nach dem alten, verbrauchten, plumpen Gaunerkunststück den Dieb! So hat Reichstagsabgeordneter Wulle einen Brief an den Reichskanzler gerichtet, dessen Wortlaut der Vormärz veröffentlicht. Es heißt darin:

Wir richten an Sie die Frage, was gedenken Sie zu tun, um den bevorstehenden Bürgerkrieg zu verhindern? Während die einschlägigen Regierungen mit schonungsloser Härte gegen die unbedingt staatsverräterischen Elemente der völkischen Freiheitsbewegung vorgehen, während der preussische Minister des Innern, Herr Severing, jede legale Betätigung der völkischen Freiheitspartei im Wahlkampf gewaltsam zu unterbinden sucht, organisieren in Preußen, Sachsen und Thüringen die Kommunisten mit Wissen des Herrn Severing — auf diese Feststellung legen wir besonderen Wert — den Bürgerkrieg. Diese Tatsache muß in deutschen Volk eine beispiellose Erbitterung auslösen, die durch die bisherige Untätigkeit der Reichsregierung noch gesteigert wird. Wir richten daher an Sie in letzter Stunde das dringende Ersuchen, im Interesse des Deutschen Reiches gegen die Willkürherrschaft in Preußen, Sachsen und Thüringen und gegen die Vorbereitung des Bürgerkrieges durch die Kommunisten und ihren Freunden die Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, unabsehbares Unglück von Deutschland abzuwenden. Bei der Bedeutung dieser Frage darf ich wohl um eine umgehende Antwort bitten, damit wir in der Lage sind, die tiefgehende Beunruhigung unserer Freunde im Lande zu beschwichtigen.

Dr. H. Wulle, M. d. R.

Nach allem, was man von dieser Seite gewohnt ist, können wir nicht über die in diesem Briefe enthaltene getrocknete Deutschnationalität und Unvergleichlichkeit. Viel wichtiger erscheint uns, was dazu die Reichsregierung zu sagen, was Herr Cuno zu antworten hat. Denn diese Umkehrung der Tatsachen, wie sie Wulle und die Seinen verüben, sind für alle republikanischen Kreise Deutschlands derart provozierend, daß auf diesen großen reaktionären Klotz eine republikanische Klage mit einem ebenso großen Reil antworten müßte, wenn sie die Notwendigkeit der Stunde auch nur einen Augenblick begriffen hat. Was aber antwortet die Reichsregierung? Sie erläßt folgenden Mohrnfuß:

„In der letzten Zeit sind in der Presse verschiedene Briefe erschienen, die mit einer gewissen Knittelkeit die Möglichkeiten eines Bürgerkrieges erörtern. Nach Auffassung der Reichsregierung haben solche Briefe, insbesondere in den letzten Tagen keine Grundlage, denn die überwiegende Mehrheit unserer Völkler lehnt es offen und ab, sich von irgend einer Seite in die verbrecherische Torheit blutiger innerpolitischer Kämpfe hineinziehen zu lassen. Sie weiß, daß die Schwierigkeiten, mit denen unser Volk außer anderem Druck zu kämpfen hat, es jetzt weniger als je gestattet, Kräfte in inneren Auseinandersetzungen zu verstreuen. Die weitestgehende Öffentlichkeit, ohne Unterschied der politischen Parteilichkeit, sind sich klar, daß, wer die heutige Not des Vaterlandes benennen sollte, um eigene politische Zwecke durchzusetzen oder die gesellschaftliche Ordnung durch Mittel der Gewalt zu zerstören, allein die Zweckstrenge der Macht fördern und ein Verüben am deutschen Volk zu würde. Es bedarf von innen und außen keiner besonderen öffentlichen Willen der Volksmehrheit zu einem Verstoß gegen das geltende Verbot, sondern es genügt, wenn die Reichsregierung alle Mittel rücksichtslos einsetzt, um einen solchen Anschlag gegen Volk und Verfassung des Reiches niederzuwerfen. Die notwendigen Maßnahmen hierzu stehen der Reichsregierung zur Verfügung. In der Beurteilung dieser Sachlage besteht zwischen ihr und der preussischen Regierung völliges Einverständnis, wie gegenüber einem durch die Presse getriebenen Schrei der Reichstagsabgeordneten Wulle an den Reichskanzler hervorgehoben werden kann. Insbesondere wird von der Reichsregierung auf das nachdrücklichste zurückgewiesen, wenn in diesem Schreiben gegen einen preussischen Minister der Anwurf gerichtet wird, mit seinem Wissen werde der Bürgerkrieg organisiert. Daß die Reichsregierung auch bemüht ist, mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ein Einverständnis zu pflegen, ist bekannt. Es wird es auch in dieser Beziehung nicht an billige Maßnahmen unserer Regierung zu fehlen lassen.“

Wir glauben der Reichsregierung ohne weiteres, daß sie den Bürgerkrieg nicht will; wir glauben ihr auch, daß sie mit einer Beilegung der Verfassung nicht zu tun haben will. Aber wenn es trotz allem Widerstreben, das namentlich die sozialdemokratische Arbeiterschaft gegen eine blutige Selbstzerfleischung der deutschen Nation erfüllt, zu gewalttätigen Entschlüssen der innerpolitischen Gegenkräfte kommen sollte, so ist die Reichsregierung mit Schuld. Nachdem sie andre wichtige Anlässe verpaßt hat, hätte ihr der Brief Wulles eine geeignete Gelegenheit sein müssen, sich gegen das unterirdische Treiben der rechtskonservativen Verfassungsgegner mit Entschiedenheit zu wenden. Aus obiger Erklärung der

Reichsregierung aber ersieht kein Mensch, wenn Herr Cuno nun eigentlich die Schuld an den ewigen Bürgerkriegsdrohungen gibt. Sein Hinweis auf Sachsen und Thüringen läßt die Frage zu, ob er von hier aus etwa Gefahren für die Verfassung befürchtet. Sollte das Herr Cuno meinen, so ist es notwendig, daß ihm die sächsischen wie die thüringische Regierung mit Nachdruck notifiziert, daß die von Reaktionskreisen aller Farben angelegten sächsisch-thüringischen Selbstschutzorganisationen gerade dem Schutze der Verfassung gegen die rechtskonservativen Verfassungsgegner dienen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft, das wiederholte Mal zum soundsovieltsten Male, ist bereit, auf Selbstschutzorganisationen zu verzichten, wenn die Reichsregierung endlich die sächsischen Verbände entwaffnet und diese reaktionäre Gefühlsorgane verstopft. Mit leeren Demonstrationen jedoch ist dem deutschen Volk weder innerpolitisch noch außenpolitisch geholfen. Vor allem wird jeder sachlich gerichtete Mensch, der nicht der deutschnationalen Partei oder andern rechtskonservativen Gruppen angehört, von einem republikanischen Reichskanzler endlich ein deutliches Wort gegen das Treiben der bayerischen Ordnungsbahnen verlangen müssen. Wir weisen wiederum nur ein Beispiel der letzten Tage herauf, um zu zeigen, wie einseitig diese Reichsregierung ihre Kundgebungen formuliert:

Im bayerischen Landtag wurde am Dienstag eine sozialdemokratische Interpellation verhandelt, in der unser Genosse Säger von der bayerischen Regierung Auskunft darüber verlangte, was sie gegen die Hintermänner der Hochverräter Fuchs, Machhaus, was sie gegen die Würdenträger Rahr, Pöhner, Fric, Mühl und Rupprecht von Wittelsbach zu tun gedenke! Was hatte dazu der stark mittellose Minister Schweyer zu erklären? Er ging um den Kern der Anfrage herum und behauptete schließlich, daß auch die Revolution von 1918 ein Hochverrat, ein moralisches und strafrechtliches Verbrechen gewesen sei, das man leblich bezwungen nicht bezweige, weil dazu die Nachmittel fehlen.

Für den Fall, daß Herr Cuno in seiner halbherzigen Naivität noch nicht begriffen hat, um was es sich hier handelt, wollen wir ihn auf einiges Wesentliche aufmerksam machen. Minister Schweyer, der Minister des zweitgrößten deutschen Freihautes, verneint in obigen Keuschungen die Rechtsgültigkeit der republikanischen Verfassung, die er beschworen hat, verhöhnt die Rechtsgültigkeit der republikanischen Grundzüge und gibt zu verstehen, daß Bayern nur deshalb offiziell den Umsturz nicht vornehme, weil ihm die Nachmittel fehlen! Was gedenkt die Reichsregierung gegen diese hochverräterischen Keuschungen zu tun? Die Sozialdemokratie hat ein Interesse an der Autorität der Reichsregierung; allen Republikanern muß

darin gelegen sein, daß die Reichsregierung genügend Kraft und Nachdruck besitzt, um die Innehaltung und Bekämpfung der Reichsgeetze zu garantieren. Darum und nur darum sagen wir: Wenn die Reichsregierung nicht noch mehr zu einer ohnmächtigen und kraftlosen Marionette herabfallen will, als sie unter Cunos Leitung geworden ist, dann muß sie vor allem einmal fordern, daß auch für die Münchner Regierung die Reichsgeetze und nicht die Anführer irgendwelcher Pöbel, Rahr, Rupprecht von Wittelsbach oder andre Leute zu gelten haben, durch deren Hände das französische Geld von Hochverrätern geflossen ist.

Sollern die Reichsregierung die Verfassung wirklich schützen will, wird sie die nachdrückliche Unterstützung der sächsischen und thüringischen Regierung finden; sofern Herr Cuno aber glaubt, mit Redensarten hinweg gehen zu können über die Gefahren, die von Bayern, vom militärisch-organisierten Faschismus, von lässigen Behörden und Amtsträgern der Republik und auch von der Reaktion innerhalb der Reichswehr, drohen, wird er auf den Protest aller sozialistischen Minister in Baden, Thüringen, Sachsen, Preußen, wird er auf die entschiedene Gegenwehr der gesamten Sozialdemokratie stoßen.

Es heißt, Herrn Cuno seien die Hände gebunden, weil die patriotische Reaktion andernfalls berraten werde, wie und was in Obersachsen und gegenwärtig an einer andern bedrängten Stelle des Reiches gespielt werde. Will die Reichsregierung, daß diese Gerüchte in der Öffentlichkeit nicht das Gewicht von Tatsachen erlangen, so muß sie vom sächsischen Nordbrennertum deutlicher abrücken!

Die wahnwitzige Preissteigerung

Berlin, 18. Juli. Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für den 16. Juli auf 28 892 (1913 bis 1914 gleich). Die Erhebung fand in dieser Woche erstmals am Montag statt. Die Steigerung gegen den Mittwoch der Vorwoche (21 511) beträgt somit 34,3 v. H.

Gegen die Devisenwucherer

Berlin, 18. Juli. Der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr, Bettendorff hat an die Außenhandelsstellen ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Zweifelslos liefert eine große Zahl von Firmen weniger Devisen an die Reichsbank ab, als sie abzuliefern imstande wären. Jeder nicht zur richtigen Zahlung an das Ausland erforderliche Devisenbestand kann unter den heutigen Verhältnissen nicht beantwortet werden. Die Reichsbehörden sind verpflichtet, den Devisenbestand der Firmen zu erhöhen. Weiter fordert der Reichskommissar, daß die Devisenentnahme der Firmen nachgeprüft werden. Es ist beabsichtigt, daß man die Devisenrückzahlung nur dadurch brechen will (oder kann), daß man die Vergütung dafür erhöht. (Sgt kapitalistisch!)

Erfolge des Berliner Kampfes

Von Robert Dismann

Die Bedeutung des eben beendeten Berliner Metallarbeiterstreiks für die gesamte deutsche Arbeiterschaft rechtfertigt eine nachdrückliche Betrachtung. In Berlin sind rund 250 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie zusammengefaßt, denen eine autorganisierte Unternehmerrgruppe gegenübersteht. Zum letztenmal fanden diese Berliner Metallarbeiter im Herbst 1919 im Kampf, der nach achtwöchiger Dauer trotz allen Opfern der Organisation und der Kämpfer nicht den gewünschten Erfolg hatte. Seit der Währungsreform und der mit ihr täglich wachsenden Teuerung wurde die Stellung in der Berliner Metallindustrie und in den letzten Wochen spielte sich der Kampf zu einem Konflikt zu, der bei der Hartnäckigkeit der Unternehmer zu einem Streik führen mußte.

Die anfänglich vierzehntägigen, dann allwöchentlichen Lohnverhandlungen ließen die jeweils neu festgesetzten Lohnsätze weit hinter der fortschreitenden Teuerung zurück. Es erwies sich als vergeblich, die monatlichen Lohnverhandlungen zu fordern, die Funktionäre der Berliner Metallindustrie einmütig wertbeständige Löhne. Wochentags zogen sich die allgemeinen Verhandlungen zwischen den gewerkschaftlichen Spitzenleitungen, der Regierung und den Unternehmern hin, ohne ein Ergebnis zu zeitigen. Das steigerte die Erregung der Arbeiterklasse. Neue Lohnverhandlungen brachten ein ungenügendes Resultat, und so kam es zum Kampf. Die ausländischen Gewerkschaften und Streikleitungen hatten ihre Anordnungen getroffen. Nach ihren Anweisungen trat eine Reihe der Berliner Betriebe (darunter die Vorschwerk, die gesamte Eisenkonstruktion usw.) am 6. Juli geschlossen in den Streik. Dieser planmäßige Kampfaufmarsch verfehlte seine Wirkung nicht. Das kann ernsthaft auch nicht von den unbewussten „Strategen“ bestritten werden, die sofort mit ihren besonderen Kampfsparolen — Kampf auf breiter, breiterer und breiterer Basis! Allgemeiner Solidaritätsstreik usw. — aufwarteten. Selbstverständlich durfte auch der sogenannte Fünfschmer-Ausschuß der Betriebsräte nicht fehlen, dessen Mißfolge darin bestand, daß eine von ihm einberufene Versammlung am 8. Juli einen Stundenlohn von 35 000 M. forderte. Es hätten ebensogut auch 50 000 oder 100 000 M. sein können, da man bekanntlich die Durchführung solcher Forderungen „wohlwollend“ den Gewerkschaften überläßt.

Nach einigen Kampftagen lud der Reichsarbeitsminister beide Parteien zu Verhandlungen ein, die am 9. Juli nach bleier Mühe folgende wichtige Bestandteile zum Ergebnis hatten:

1. Für den Monat Juli wird ein Lohnabkommen auf der Basis wertbeständiger Löhne getroffen;
2. für die Woche vom 9. bis 15. Juli gilt ein wöchentlicher Spitzenlohn von 12 500 M., bei dem die zu Anfang der Woche vorhandene Teuerung als Grundlage gilt. Nach einem vereinbarten Schlüssel der 42 wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel, gemessen an den Rebusnissen einer vierköpfigen Familie, wird in den ersten Tagen jeder Woche die Preisentwicklung einwandfrei von beiden Parteien festgestellt und hiernach der Stundenlohn entsprechend der Teuerung von Woche zu Woche erhöht;
3. bereits Montag einer jeden Woche — der Lohnzahlungstag ist Donnerstag-Freitag — erhält jeder Arbeiter etwa 65 Prozent seines Verdienstes als Frontzahlung, damit er den größeren Teil seines Lohnes möglichst frühzeitig in die Hand bekommt.

Es ist durchaus verständlich, wenn wertbeständige Teile der Streikenden von dem Verhandlungsergebnis nicht ganz befriedigt waren. Allzu tief sind die Spuren einer 14-tägigen Verelendung in die Herzen der Proletarier eingedrungen. Wenn sich deren elementarer Kern in solchen Kampfzeiten aufstößt und in harten Worten Luft verschafft, so müssen wir es verstehen und auf seine Ursachen zurückführen. Es geht jedoch nicht an, das Ergebnis des Berliner Metallarbeiterstreiks nach den Methoden der kommunistischen Parteipresse zu bewerten. Der Streik war ein wirtschaftlicher, sein Ziel: bessere und wertbeständige Löhne. Die Grundlage eines wertbeständigen Lohnes wurde erreicht, wertvoll ergänzt durch die Vorschusszahlungen. Dieser Teil des „Wonnens“ kann sich bahndrechend für alle Arbeitnehmerkategorien des Reiches auswirken, da die Einführung wertbeständiger Löhne für alle gilt. Weist die für die Woche vom 9. bis 15. Juli vereinbarte Lohnhöhe, die als Grundlohn für die Berechnung des wertbeständigen Lohnes in den folgenden Wochen gilt. Was in unserer Kraft lag, ist geschehen, um diesen Grundlohn zu erhöhen. Wenn das bei diesem Waffengang